

Calmer Taubblatt

Nr. 43.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Verlagspreis: 5mal wöchentlich, Abonnementpreis: Die kleinste Seite 1.-
Halbes Jahr 5.-, ein Jahr 10.-, ein Jahr 18.-, ein Jahr 30.-, ein Jahr 50.-

Dienstag, den 21. Februar 1922.

Verlagspreis: In der Stadt mit Zustellung 24.-, vierteljährlich, Postbezugspreis 24.-, mit Zustellung 24.-, ein Jahr 48.-, ein Jahr 84.-, ein Jahr 144.-

Neueste Nachrichten.

Der württembergische Finanzminister Liesching ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten; an seiner Stelle wurde der frühere Arbeits- und Ernährungsminister Dr. Schall berufen.

Der Reichsverkehrsminister erklärt eine scharfe Erklärung gegen den Beamtenstreik im Hinblick auf neuerliche Streikdrohungen radikaler Elemente in der Reichsgewerkschaft.

Die Erörterungen um Genoa sind nun soweit gediehen, daß auch England mit einer Verschiebung der Konferenz einverstanden zu sein scheint und zwar wegen der italienischen Kabinettstüris. Bekanntlich sind Regierungskreisen das geeignetste Mittel zur Verschiebung unangenehmer Konferenzen.

Die Gerüchte über französisch-russische Verhandlungen blühen fort. Was daran Wahres ist, können wir natürlich nicht beurteilen; jenseit aber darf man sagen, daß die beiden Kontrahenten auf beide bemüht sein werden, einander etwas vorzumachen, denn eine dauernde Freundschaft zwischen Frankreich und Rußland auf der Grundlage der französischen Größenwahrnehmung erscheint uns nicht möglich.

Rücktritt des würtl. Finanzministers Liesching.

(S. B.) Stuttgart, 20. Febr. Durch Entschließung des Staatspräsidenten vom 20. Februar ds. Js. ist der Finanzminister Liesching auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt und der Minister a. D. Dr. Schall zum Finanzminister ernannt worden.

Ein Anerkennungs schreiben des Staatspräsidenten.

(S. B.) Stuttgart, 20. Febr. Staatspräsident Dr. Lieber hat aus Anlaß des Rücktritts des Finanzministers Liesching folgendes Schreiben an diesen gerichtet: Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, der amtlichen Mitteilung der Genehmigung ihres Pensionsgesuches noch ein persönliches Wort des Dankes, des Bedauerns und der Hoffnung beizufügen. Sie haben sich durch Ihre seit der Staatsumwälzung in ungewöhnlich schwerer Zeit ununterbrochen geführte Leitung des Finanzministeriums bleibende Verdienste um unser würtl. Land und Volk erworben. Ihre klare Umsicht, Ihre durch keinerlei Rücksichten beeinflusste Sachlichkeit, Ihr unermüdlicher Fleiß haben Ihnen die Anerkennung und den Dank der weitesten Kreise erworben. Diesen Dank möchte ich auch persönlich für alle Treue und unschätzbare Mitarbeit, durch die Sie mich in meinem verantwortungsvollen Amt in außerordentlicher Weise unterstützt haben, den herzlichsten Ausdruck geben. Umso aufrichtiger ist mein Bedauern über das schwere Geschick, das Ihnen und Ihrer verehrten Gattin durch Ihre Krankheit auferlegt worden ist und Sie allzu früh zu der Bitte um Verlegung in den Ruhestand gezwungen hat. Mögen Ihre Kräfte im Laufe der Zeit wieder eine Stärkung erfahren und Ihnen wie uns die Hoffnung, daß Sie sich wieder in den Dienst der Allgemeinheit stellen können, erhalten bleiben. Das wünsche ich von ganzem Herzen, Ihr dankbar ergebener Herr.

Zum Wechsel im Finanzministerium.

(S. B.) Stuttgart, 20. Febr. Der Rücktritt des würtl. Finanzministers Liesching, den eine schwere Krankheit veranlaßte, bedeutet für die Öffentlichkeit keine Überraschung. Seit einiger Zeit ging das Gerücht, daß die Sozialdemokratie ihren Finanzsachverständigen, den jetzigen Arbeitsminister Keil, für diesen Posten in Vorschlag bringen werde. Aus politischer und taktischer Klugheit haben die Sozialdemokraten wohl davon Abstand genommen. So verblieb die Demokratie der Posten des Finanzministers, und man holte den im Herbst durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung zur ungewollten Ruhe gesehten früheren Arbeitsminister Dr. Schall, der vom Sommer 1920 bis Herbst 1921 das Ernährungs- und Arbeitsministerium leitete. Der neue Minister Dr. Schall ist Jurist und war bisher in der inneren Verwaltung tätig. Durch seine kluge und sachliche Art bei der Führung des Arbeitsministeriums hat er sich Sympathien erworben. Sein Vorgänger im Amt, Finanzminister Liesching, war ein Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes und zugleich einer der besten Kenner der württembergischen Staatsfinanzen; gehörte er doch seit 1901 dem würtl. Landtag an und war wiederholt Berichterstatter des Finanzausschusses. Liesching war es zu verdanken, daß in den Revolutionstagen die würtl. Staatsfinanzen nicht aus der Ordnung kamen und daß die Räteherrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte den Staatsbeutel nur auf eine halbe Million Mark zu heben kam. Unter seiner Führung wurde der Vertrag mit dem Reich betr. den Übergang der Verkehrsanstalten an das Reich, die Ueberleitung der staatlichen Stättenwerke in den gemischtwirtschaftlichen Betrieb und eine Reihe

von weittragenden Finanz- und Besoldungsgelegenheiten erledigt. Er galt als einer der erfahrensten Parlamentarier und Politiker und so bedeutet sein Weggang von der Regierung einen schweren Verlust. Dies umso mehr, als er der Einzige ist, der seit der Staatsumwälzung dauernd einen Ministerposten bekleidet hat. Dem gibt auch der „Staatsanzeiger“ Ausdruck, wenn er schreibt: „Über 3 Jahre lang hat er dem Staat und Volk in schwerer, entscheidungsreicher Zeit als Minister gedient mit der ihm eigenen unermüdlichen Arbeitskraft und umfassenden Staatskenntnis. Eine offene, freimütige Natur, ein Mann von persönlicher Lebenswürdigkeit im Umgang mit Jedermann hat er sich das Vertrauen und die Zuneigung aller derei erworben, mit denen ihn sein verantwortungsvolles Amt in Berührung gebracht hat. — Liesching wurde am 14. August 1863 zu Stuttgart geboren, lebte also im 57. Lebensjahr, besuchte das hiesige Gymnasium, die Universitäten Tübingen und Breslau, legte die höheren Fußdienstprüfungen ab, um sich 1891 als Rechtsanwalt in Tübingen niederzulassen. Im Jahre 1901 wurde er erstmals in den Landtag gewählt, dem er heute noch als Mitglied der Demokratie angehört. Im Jahr 1917 kam er als Vertreter der würtl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel auf dem Gebiet der Kriegs- und Uebergangswirtschaft nach Berlin mit dem Rang eines Oberregierungsrats. Am 8. November 1918 wurde er Ministerpräsident der letzten königlichen und zugleich ersten parlamentarischen Regierung Württembergs. Tags darauf trat er als Finanzminister in das revolutionäre Kabinett des Freistaats Württemberg ein, welchen Posten er auch bei allen Wechseln im Laufe der letzten drei Jahre innehatte. Vom 1. Oktober 1919 bis 31. Juli 1920 war er zugleich Präsident des würtl. Landesfinanzrats. Als Vertreter des 8. Wahlkreises gehörte er von 1910 bis 1918 dem Reichstag an.“

Vor Genoa.

Deutsche Sachleistungen

auch für die andern feindlichen Staaten.

Berlin, 21. Febr. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge befaßte sich gestern Nachmittag eine Kabinettsitzung mit der Frage der Durchführung der Sachleistungen, zu deren Lösung sich bekanntlich in Berlin eine Abordnung der Reparationskommission unter Führung des Belgiers Beldmann aufhält. Die Besprechungen der Reichsregierung mit der Abordnung sind noch nicht abgeschlossen. Die Delegation dürfte sich noch etwa eine Woche in Berlin aufhalten.

Berlin, 20. Febr. Die „Deutsche Allgem. Ztg.“ erfährt, daß die deutsche Regierung im Begriff sei, ein ähnliches Abkommen über Sachlieferungen wie das mit der französischen Regierung in Wiesbaden abgeschlossene auch mit den übrigen früheren Staaten abzuschließen. Nach diesem Abkommen sollen die Angehörigen dieser Staaten das Recht haben, Warenkäufe und Bestellungen, sofern sie im einzelnen Fall den Betrag von 100 000 Franken übersteigen, in Deutschland zu tätigen. Die Bezahlung soll bereit erfolgen, daß der Käufer nur den Wert der in Waren verführten ausländischen Rohstoffe in Devisen entrichtet. Für die deutsche Arbeit soll der Lieferant vom Reich Bezahlung in Papiermark erhalten. Dem Reich soll dieser Betrag, in Goldmark umgerechnet, auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden.

Die Vorbereitungen

zur internationalen Kreditorganisation.

London, 20. Febr. Blättermeldungen zufolge hatten Lord Inverforth und Sir John Ferguson, die britischen Vertreter in dem interalliierten Ausschuss der in Cannes ernannt wurde, um eine internationale Korporation für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas vorzubereiten, heute nachmittag eine private Zusammenkunft in London, um Einzelheiten mit den Sachverständigen zu erörtern. Morgen soll eine Konferenz mit den französischen Vertretern Schneider und Sergent, sowie einer Anzahl japanischer und italienischer Delegierter stattfinden. Die morgige Konferenz wird die Hebung der Kaufkraft der kleineren Staaten erörtern. Man hofft, daß sie einen günstigen Einfluß auf die Stabilisierung der europäischen Währungen haben wird.

Die englisch-französischen Verhandlungen über die deutschen Zahlungen.

Paris, 20. Febr. In ihrer als Antwort auf den französischen Vorschlag an den Quai d'Orsay gelangten Note nimmt die britische Regierung den Antrag an, daß die Reparationskommission die deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 festsetze, verlangt jedoch, daß gewisse Abkommen endgültig formuliert werden, die in Cannes vorbereitet wurden und die endgültig formuliert werden, die in Cannes vorbereitet wurden und die Befragungsstellen, die Ausführung des Wiesbadener Abkommens und die Verteilung der Sachlieferungen unter die Alliierten betreffen. Weiter soll das Finanzabkommen vom 13. August v. J. umgearbeitet, fertiggestellt werden.

Die Besprechungen innerha.b der „neuen Entente“.

Graz, 20. Febr. Wie die „Tagespost“ aus Laibach, erfährt, wird Ministerpräsident Beneš auf der Rückreise von Rom nach Prag am 25. oder spätestens am 27. Februar in Laibach eintreffen. Hier wird eine Zusammenkunft von Beneš mit Pastich und dem Minister des Äußeren Rintschitsch stattfinden. In Laibach soll auch eine engere Konferenz der Kleinen Entente abgehalten werden.

Die englisch-belgischen Verhandlungen über das Garantieabkommen.

London, 20. Febr. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, daß die Verhandlungen zwischen England und Belgien über den Wortlaut des in Cannes vorgeschlagenen Garantiepaktes noch andauern. Die Bestimmung, daß Belgien sich verpflichtet, keinerlei Verträge oder Vereinbarungen abzuschließen, die mit dem gegenwärtigen Vertrag unvereinbar seien, verurliche Schwierigkeiten. Es sei für England von grundlegender Bedeutung, daß es davor geschützt werde, daß es aus einem anderen Grund in den Krieg hineingezogen werden könne, als wegen einer direkten und nicht herausgeforderten Invasion. Weiter könne England nicht gehen. Einer anderen in gewissen belgischen Kreisen erbetenen Forderung, Einschließung der Bestimmungen des Versailler Vertrags über das Rheinland und die neutrale Zone in den Pakt, könne ebenfalls nicht stattgegeben werden.

Die Gerüchte

über die französisch-russischen Verhandlungen.

Paris, 20. Febr. Nach der Meldung einer Nachrichtenagentur aus Moskau, die der „Petit Parisien“ wiedergibt, seien mit geringen Ausnahmen die führenden Sowjetkreise verständlich gestimmt. Lenin sei offener Anhänger einer Politik weitestgehenden Entgegenkommens, einer Politik der Abkommen, ja selbst einer Politik der Evolution im Innern, damit Rußland im Konzert der Großmächte wieder seine führende Stellung einnehmen könne. Es fehle augenblicklich wenig, daß die offiziellen Sowjetblätter die Notwendigkeit betonten, die französisch-russische Allianz selbst um den Preis weitestgehender Konzessionen wieder aufzunehmen. Der Schlüssel für die Wiederherstellung Rußlands befinde sich in Paris und nicht in London, Rom oder Berlin. Davon lege man sich im Kreml immer Rechenschaft ab. — Zu dem Dementi, das die französische Regierung verbreitet hat, wonach keinerlei Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland geführt worden seien, wird dem „Daily Herald“ bestimmt versichert, daß trotz der französischen Ablehnung Poincaré inoffiziell mit einem Vertreter der Räteregierung unterhandelt habe. Poincaré habe der Räteregierung seine Mindestforderungen zu stellen lassen, wozu aber mehrere für Moskau unannehmbar seien.

München, 20. Febr. Der „Bayerische Kurier“ will, nach dem „Stuttg. Tagbl.“, von besonderer Seite erfahren haben, daß zwischen Moskau und Paris wegen eines Wirtschaftsvertrags ein reger Notenwechsel herrsche. Aus den dem „Bayerischen Kurier“ vorliegenden Dokumenten, die der französische Nachrichtendienst in Moskau nach Paris gelangen ließ, will in höchsten Moskauer Regierungskreisen eine Strömung um jeden Preis eine vollkommene Verständigung herbeiführen, und zwar auf Grund folgenden Programms: Moskau gibt seine Zustimmung zu Besprechungen der Generalkommission beider Länder bezüglich einer Reduzierung der Roten Armee. Moskau erkennt die vorherrschende Stellung französischer Interessen in denjenigen Gebieten des ehemaligen russischen Kaiserreiches an, wo solche für Frankreich von besonderem Wert sind. Die Sowjetregierung und die Organe der 3. Internationale verzichten auf eine Propagandatätigkeit auf dem Territorium Frankreichs. Frankreich dagegen garantiert die Anerkennung der Sowjetregierung, die Unverletzlichkeit der Grenzen und unterstützt den Abschluß einer internationalen Anleihe durch die Sowjetregierung.

Die französische Orientpolitik.

London, 20. Febr. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zum Abschluß des Vertrags von Angora und zu seiner Ratifizierung durch die französische Kammer: Die Politik der Vereinigung der neuen Republiken von Georgien, Erivan und Aserbeidschan zu einer Verbindung mit der Türkei werde sich vollkommen in Uebereinstimmung mit dem Rate befinden, den Briand ganz offen den erwähnten sozialistischen Regierungen dieser drei Mächte gegeben habe, sich mit der kemalistischen Türkei gegen Rußland zu verbinden. Es sei nicht schwer zu sagen, daß der Zweck, den die französische Diplomatie durch die Abschneidung Rußlands vom Schwarzen Meer und durch ein mehr oder weniger starkes Bündnis der kemalistischen Türkei mit Georgien, Aserbeidschan, Erivan, der Ukraine, Rumänien und selbst Bulgarien bezwecke, die vollkommenste Befreiung des Schwarzen Meeres

schweinehandel lebhaft, die das Paar, Kühe 3600 M., je das für Milchschweine am Holzver- te gelöst
ann Calw. erel Calw.
nen (Pöfker best von Herrn Herrn L Ernst, schthausstraße schäft an Frau Küsse erledeten äft von Chr i

Calw
1922
hr
abend
) und (station), Keller
50, II. Platz
60.
ng Häußler.

auf.
Stück.
ag, den 21.
ab steht
Bildberg
Schaff-

Rühe
gwieh
und Tausch
Hopfer,
erg.

empfiehlt
Bündelquäre
Fernsprecher 15.
mstimmer
Aufträge für den- des Blattes oder
rzhelm,
1210 u. 7821.
itäten
uswahl
estilliche
menstr.

sei, die nach der internationalen Kontrolle der Meerenge große strategische und wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen würde. — Das sieht also nicht so aus, als ob das französisch-russische Bündnis Tatfache wäre.

Sitzung des obersten Kriegsrats in Frankreich.
Paris, 20. Febr. Heute vormittag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik der oberste Kriegsrat eine Sitzung abgehalten.

Nur auswärtigen Lage.

Französische Thesen zur Frage der Kriegsverantwortung.

Paris, 20. Febr. In einem Brief an den „Temps“ antwortet Professor Aulard von der Sorbonne auf die Aufforderung Hans Delbrücks zu einer öffentlichen Debatte über die Kriegursachen unter dem Vorsitz eines Neutralen, die Debatte könne nicht in einer öffentlichen Aussprache erfolgen, sondern nur in der Presse. Professor Delbrück möge seine Absichten darlegen und er, Aulard, würde alsdann entscheiden, ob er darauf antworten wolle. Vorher aber stellt Aulard 2 Fragen, auf die er von Professor Delbrück im Voraus Antwort erwartet: 1. Als Deutschland den Krieg erklärt habe, habe es als Ursache das Bombardement deutschen Gebiets durch französische Flugzeuge angeführt. Das sei eine Lüge gewesen. Was denke Professor Delbrück darüber? 2. Was denke er ferner darüber, daß die Neutralität Frankreichs im Kriege dadurch habe sichergestellt werden sollen, daß die Festungen Verdun und Toul Deutschland ausgeliefert würden? — Die Dialektik des Franzosen sucht natürlich die formalen Erscheinungen des Kriegsausbruchs mit den tatsächlichen Ursachen zu verwechseln. Deutschland war selbstverständlich orientiert, daß Frankreich mit Rußland gehen würde. Die russische Mobilisation aber war schon so fortgeschritten, daß an einem Kriegswillen nicht mehr zu zweifeln war. Es war also lediglich eine ungeschickte Faltung der deutschen Regierung, daß sie glaubte an die beiden zum Krieg unter allen Umständen gewillten Mächte, die hinter sich England wußten, noch eine formelle Kriegserklärung senden zu müssen. Die Schrift.

Der Abrüstungsschwindel im Völkerbundsrat.

Paris, 20. Febr. Der gemischte Ausschuss des Völkerbunds für Abrüstungsfragen ist heute nachmittag unter dem Vorsitz des französischen Abgeordneten Vibiani zusammengetreten. Er wird sich hauptsächlich mit statistischen Feststellungen über die Rüstungen der verschiedenen Länder im Jahre 1921, verglichen mit denen im Jahre 1913, beschäftigen. Der Ausschuss wird sich für seine Arbeiten aller Unterlagen bedienen, die sich aus den parlamentarischen Erörterungen, aus Jahrbüchern und anderen ähnlichen Quellen, gewinnen lassen. Er soll u. a. auch die Frage der privaten Herstellung und des privaten Handels mit Waffen weiter behandeln. Endlich soll der Ausschuss für die bereits erwähnte Tagung der Völkerbundsversammlung einen Vorschlag des Vertreters Joubert in Erwägung ziehen, der die Einlabung aller Mitglieder des Völkerbunds und der interessierten Staaten, die nicht dem Völkerbund angehören, zu einer internationalen Konferenz zur Erörterung der Angelegenheiten vorseht.

Neue Unruhen in Portugal.

Paris, 20. Febr. Nach einer Meldung aus Lissabon, die der „Temps“ wiedergibt, wird in einer amtlichen Note erklärt, der Ministerrat werde im Hauptquartier des besetzten Lagers zusammenzutreten, da die Regierung von neuem bedroht sei. Die Truppen und die Polizei liegen alarmbereit in den Kasernen. Unruhen seien bisher nicht gemeldet worden. Das Straßenbahnpersonal stehe im Streik.

Afghanische Freundschaft für die Türken.

Konstantinopel, 20. Febr. Ein Telegramm aus Anzora meldet die Ankunft einer afghanischen Mission in der semalitischen Hauptstadt, die ein Handschreiben des Emirs überbrachte. Dieser erklärt darin, er werde der englischen Regierung empfehlen, den Griechen nicht zu helfen.

Amerikanische Druckpolitik in Persien.

Teheran, 20. Febr. (Havas.) Die amerikanische Regierung hat die persische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie großes Interesse an der Durchführung der Politik der offenen Tür in Persien habe. Sie soll betont haben, daß die amerikanischen Interessen ebenso gewahrt werden müßten, wie die jeder anderen Macht.

Bermischtes.

Lebenserinnerungen des Kronprinzen.

Berlin, 21. Febr. Wie die Blätter melden, wird der frühere Kronprinz seine Lebenserinnerungen im Laufe des Frühjahrs im Verlage der Colta'schen Buchhandlung in Stuttgart und Berlin erscheinen lassen. Das Werk wird gleichzeitig mit der deutschen Ausgabe auch in holländischer, englischer, französischer und spanischer Sprache in Amsterdam erscheinen.

Ein Zwangsschiedsgericht für Arbeitsfreitigkeiten in Norwegen.

Christiania, 18. Febr. Der heutige Staatsrat beschloß, einen Vorschlag über ein Zwangsschiedsgericht in Arbeitsfreitigkeiten vorzulegen, das im wesentlichen mit dem einseitigen Schiedsgerichtsgeleit von 1919 übereinstimmt. Es wird vorgeschlagen, die Mitgliederzahl des Schiedsgerichts von 3 auf 7 zu erhöhen. Weiter wird vorgeschlagen, daß der König auf Wunsch einer der Parteien die Wiederaufnahme des Verfahrens anordnen kann, wenn während der Gültigkeitsdauer des Urteils wesentliche Veränderungen in den Verhältnissen eintreten, von denen anzunehmen ist, daß sie bei Abgabe des Urteils von Bedeutung waren.

Empfang des diplomatischen Korps beim Vatikan.

Rom, 18. Febr. Die Mitglieder des beim Vatikan beauftragten diplomatischen Korps haben dem Heiligen Vater ihre Beglaubigungsschreiben übergeben. Der spanische Gesandte, als Dozent des diplomatischen Korps, hielt eine Rede, in der er die Freude der ganzen Welt über die Wahl des Heiligen Vaters ausdrückte und dessen hohe Tugenden pries. Der Heilige Vater dankte und wies darauf hin, daß er selbst jederzeit Dozent eines diplomatischen

Amthche Bekanntmachungen.

Die Seuche ist ausgebrochen bei Otto Josenhans am Schweizerhaus in Leonberg.
In den 15 Kilometer-Umkreis fallen im hiesigen Bezirk die Gemeinden Ostelsheim und Simmohheim.
Calw, den 20. Februar 1922. Oberamt: Bögell, Amtmann.

Korps gewesen sei; er nehme mit besonderem Vertrauen die Huldigung der Diplomaten und ihre guten Wünsche für das ganz kulturelle Friedenswerk entgegen.

Hungerbriefmarken.

Die Sowjetregierung hat zur Propaganda der Sammlungen für die russische Hungersnot Briefmarken ausgegeben, die auf die Hungersnot Bezug nehmen. Die Marken, die von Künstlern entworfen sind, zeigen verschiedene Bilder: eine weist eine Menge von hungerigen Flüchtlingen auf, die in den verschiedenen Zuständen der Ermattung am Ufer eines Flusses liegen; eine andere Marke stellt einen Helfer des Roten Kreuzes dar, der einen Verhungerten unterstützt. Von diesen russischen Hungermarken sind 4 verschiedene Arten in Rot, Braun, Grün und Blau ausgegeben. Die Zeichnungen enthalten die Initialen der Sowjetrepublik, das Datum 1921 und eine Inschrift in russischen Buchstaben, die bedeutet: „Für die Verhungerten“. Ähnliche Hungerbriefmarken wurden in China vom Dezember 1920 bis November 1921 ausgegeben zugunsten der Sammlung für die Hungersnöte in Nordchina. Auch in Ungarn und Österreich sind solche Hungerbriefmarken im letzten Jahre gedruckt worden.

Deutschland.

Scharfe Stellungnahme d. Reichsverkehrsministers zu der neuen Streikerörterung der Eisenbahner.

Berlin, 20. Febr. In einer Sonderausgabe des „Reichsverkehrsblatts“ bestimmt der Reichsverkehrsminister zu der Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Eisenbahnerstreiks wie folgt Stellung: Der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter beschäftigt sich neuerdings mit dem Gedanken einer Wiederaufnahme des Streiks: Ich mache darauf aufmerksam, daß der Reichstag in seiner weit überwiegenden Mehrheit den Standpunkt der Regierung in der Streikfrage gebilligt hat. Der Herr Reichskanzler hat zu dieser Frage in der Reichstagsitzung vom 9. Februar ds. Js. nachdrücklich erklärt, daß ein Streikrecht für den Beamten nicht bestehe und er hat die Arbeitsniederlegung eines Teiles der Reichsbeamten als eine Revolte in der Beamtenschaft gebrandmarkt. Darnach müßte bei einer Wiederholung solcher Vorkommnisse gegen jeden die Arbeit niederlegenden Beamten mit aller Schärfe eingeschritten werden. Die diesmal geübte Schonung der Mitläufer könnte nicht mehr in Frage kommen. Die hier wiedergegebene Erklärung des Herrn Reichskanzlers widerlegt auch die von der Reichsgewerkschaft verbreitete Darstellung, wonach die Reichsregierung die jüngst begangenen Verfehlungen nachträglich milder beurteilen soll als bisher. Maßgebend für die Beurteilung sind allein die im Kabinett aufgestellten, im Reichstag von mir bekanntgegebenen und dort gebilligten Richtlinien, für deren Einhaltung ich die volle Verantwortung übernehme. Ich habe Anlaß, dies mit Rücksicht auf das pflichtgetreue Personal und auf die mit der Unterbindung der Disziplinarverfahren betrauten Beamten besonders zu betonen.

Berlin, 20. Febr. Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers“ aus Dresden hat eine Konferenz der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die aus ganz Deutschland beschied war, die Erklärung angenommen, daß sie keine Neigung habe in einen neuen Streik einzutreten. Die Konferenz sprach der Gewerkschaftsleitung über ihr Verhalten bei dem Streik das Vertrauen aus.

Fremdenverkehrs- und Ernährungsfragen in Bayern.

München, 21. Febr. Unter dem Vorsitz des bairischen Ministerpräsidenten wurden gestern im Landwirtschaftsministerium eingehende Beratungen über die Aufstellung der Richtlinien für den Wirtschaftsvollan 1922, namentlich im Hinblick auf den Fremdenverkehr des kommenden Sommers, abgehalten. Landwirtschaftsminister Bukelhofer führte u. a. aus, es sei erreicht worden, daß die Ausfuhr von Milch, Butter und Käse neuerdings gesperrt bleibe und daß nichts verkümmert werde, um diese Sperre für die ganze Dauer der Fremdensaison aufrecht zu erhalten. Zur Frage des Fremdenverkehrs wurde in der Aussprache zugegeben, daß nach den Maßnahmen der beteiligten Stellen in Bayern die Versorgung weniger eine Frage der Vorratsbeschaffung als eine Preisfrage sei. Von allen Seiten wurde eine Rückkehr zur Zwangswirtschaft als unmöglich und wirkungslos erklärt.

Die „russische Gewalttätigkeit“ im besetzten Gebiet.

Berlin, 21. Febr. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Trier ist dort der Oberlehrer Dr. Neubauer von den Franzosen unter der Anschuldigung verhaftet worden, er habe in dem von ihm geleiteten „Jugendbund Westmark“ eine die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdende Propaganda getrieben. Eine Hausdurchsuchung soll angeblich belastendes Material zutage gefördert haben.

Entfernung der französischen Straßenbezeichnung in Wiesbaden.

Berlin, 21. Febr. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Wiesbaden haben auf Anordnung der Rheinlandkommission die Franzosen die seit Beginn der Besetzung angebrachten französischen Straßenbezeichnungen entfernt.

Beschwerde der Bevölkerung gegen eine Rittergutsbesitzerfamilie.

Potsdam, 19. Febr. Die Einwohner der Dörfer um Werder versammelten sich heute nachmittag in Glindow zu einer Protestversammlung gegen das Verhalten der Herrin von Röhne auf Pehow am Schwielow-See, namentlich des Rittergutsbesitzers selbst, der den Arbeiter Metert aus Glindow durch einen Revolverhieb lebensgefährlich verletzt hat. Es wurde eine Entschädigung angenommen, in der u. a. die restlose Entwaffnung sämtlicher Familienmit-

glieder und Angestellten in Pehow, Erhebung der Anklage wegen Mordversuchs gegen Herrn von Röhne, Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den zuständigen Oberstaatsanwalt von Potsdam wegen Begünstigung und gegen die Beamten der Sicherheitsbehörden, insbesondere gegen den für den Tatort zuständigen Amtsvorsteher und Landrat wegen Belassung des Waffenscheins, gefordert wird. Die Versammlung verlief in voller Ruhe.

Heiratsordnung für Soldaten.

Eine Heiratsordnung für die Angehörigen der Wehrmacht ist jetzt vom Reichspräsidenten mit Zustimmung des Reichsrats erlassen worden. Die vorgeschriebene Genehmigung wird in der Regel nicht vor Vollendung des 27. Lebensjahres erteilt. Gegen die Verweigerung der Genehmigung ist die Beschwerde zulässig. Voraussetzung ist, daß Antragsteller wie Braut schuldensfrei sind und die Führung des Haushalts wirtschaftlich gesichert ist. Die zukünftige Ehefrau soll einen einwandfreien Ruf genießen, selbst achtbar sein und einer achtbaren Familie angehören. Befreiungen von der Altersgrenze sind nur in besonders begründeten Fällen zulässig und müssen von der übergeordneten Dienststelle genehmigt sein. Bei einer Ablehnung sind dem Antragsteller die Gründe schriftlich mitzuteilen. Die Entscheidung trifft bei Offizieren, Sanitäts- und Veterinäroffizieren sowie Militärbeamten der Reichswehrminister, sonst bestimmte Vorgesetzte.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. Februar 1922.

Ein Wort Zahns.

Der „Turnwater“ Friedrich Ludwig Zahn, ein Mann, der neben Arndt, Blücher, Stein, Fichte u. a. in der großen Not des Volkes vor mehr als 100 Jahren ein leuchtendes Vorbild deutscher Besinnung war, hat in seinen Schriften mit wahrem Feuergeist den Glauben an den deutschen Wiederaufbau verkündet. Er fordert immer wieder Bestinnen auf das deutsche Volkstum. „Noch sind wir nicht verloren!“ heißt es an einer Stelle, „noch sind wir zu retten! Aber nur durch uns selbst. Wir brauchen zur Wiedergeburt keine fremden Geburtshelfer, nicht fremde Arznei, unsere eigenen Hausmittel genügen. Denn immer geht vom Hauswesen jede wahre und beständige und echte Volksgröße aus, im Familienglück lebt die Vaterlandsliebe, und der Hochaltar unseres Volkstums steht im Tempel der Häuslichkeit, sie ist die beste Vorschule, Deutschheit heißt sie bei uns im Großen. Für sie kann jeder leben, er sei reich oder arm, vornehm oder gering, einfüßig oder gelehrt, Mann oder Weib, Jüngling oder Jungfrau, Kind oder Greis. Man vermag dahin zu wirken vom Thron und von der Bühne, vom Predigtstuhl und vom Lehrersitz, mit Schrift wie mit Rede!“ So spricht Zahn. „Aber nur durch uns selbst!“ Möchte doch das Wort eingehämmert werden können in die Seelen aller Kleingläubigen und Verzagten unserer Tage, die da meinen, wir seien nun endgültig verloren! Eingehämmert aber auch in die Herzen all der Deutschen, die noch immer glauben, die Sympathie der Welt werde uns schließlich helfen und unsere Lasten abnehmen! O, ihr Toren! Sind der grausamen Enttäuschungen durch die „Welt“ noch nicht genug? Sie wird uns solange mit Füßen treten und die Sklavketten fester zu ziehen versuchen, als wir nicht selbstbewußte Deutsche sind. „Nur durch uns selbst!“ Wle gen wir in diesen Zeiten der Not unser reiches deutsches Volkstum, — wie Zahn es fordert! — dann wird uns eine ungeahnte Kraftquelle wieder erschlossen werden. In der Familie ist der Anfang dazu. Unser deutsches Familienleben ist leider vielfach getrübt worden, vielfach ganz zerrüttet, weil sich das deutsche Volk vom Materialismus hat die Seele anreifen lassen. Reinigen wir unser Volkstum wieder!

Konzertabend Haas.

* Wir möchten nicht veräumen, nochmals auf den heute abend 8 Uhr im „Badischen Hof“ stattfindenden Vieder- und Rezitationsabend des Konzertsängers Fritz Haas und seiner Gemahlin hinzuweisen; die Musikbegleitung liegt in den bewährten Händen des hier ebenso bekannten und geschätzten Organisten Hermann Keller. Die Veranstaltung verpflichtet einen hohen künstlerischen Genuß.

Fußballspott.

F. B. Juventus 1. — F. B. E. B. Calw 1:1 (0:4) Eden 5:5.
Am Sonntag spielte die Fußballabteilung gegen die 1. Mannschaft der alten Handelschule hier auf dem Hirsauer Platz. Durch den Regen war der Platz sehr aufgeweicht und das Spiel litt natürlich hierunter sehr stark. Juventus hat Anstoß und schon entwickelte sich ein netter Kampf, der aber immer durch die schlechten Bodenverhältnisse beeinflusst wurde. Calw erzielte trotzdem bis Halbzeit 4 Tore, denen Juventus keines entgegensetzen konnte. Allerdings hatte auch die letztere Mannschaft gegen die Hälfte des Platzes zu spielen, die am schlechtesten beschaffen war. Nach der Pause hatte Juventus den besseren Teil für sich, konnte jedoch nicht mehr viel erreichen. Das Schrotter erhielten sie durch eine Ecke mit schönem Kopfstoß, für den Calwer Torwart unschaltbar. Calw konnte dann noch seine Torzahl auf 5 erhöhen.

Der Sport vom Sonntag.

Trotzdem die Spielplätze unserer Sportleute vom Fußball durch Regen und Schnee in Moraststätten verwandelt waren, ging es im Fußballspott am Sonntag überaus lebhaft zu. — Nachdem die Stuttgarter Sportsfreunde vor 8 Tagen die würdt. Kreismeisterschaft errungen, stellten sie sich vergangenen Sonntag in Karlsruhe zum Spiel um die süddeutsche Meisterschaft, wobei sie mit 1:0 über den Karlsruher Fußballverein Sieger blieben. Das Rückspiel findet kommenden Sonntag in Stuttgart statt. Innerhalb der Verbandsspiele ging der Kampf um die Erteilungsmeisterschaft, durch Austragung der Pokalspiele, sowie einige Privatspiele weiter. Als Ergebnisse sind zu melden: Stuttgarter Sportklub gegen Eintracht 2:1, F. B. Zuffenhausen gegen F. B. Heilbronn 4:2, F. B. Ulm 94 gegen F. B. Adler Heilbronn 10:0, Sv Bgg. Göttingen gegen V. f. R. Heilbronn 0:4, Normannia Gmünd gegen Sp. B. Münster 4:0, F. C. Taiffingen gegen Sp. B. Feuerbach 2:4. — Von den Privatspielen sind hervorzuheben Weilt Gaisburg gegen Sp. Bgg. Cann-

Katt O: 1
Univer
Univer
barten
den 1.
blühte
höheren

Gr
lungsg
Siedlu
§ 29
steuer
Oktobe

Die
Verbrau
gegeben,
auf ann
tere Be
auf 650

Die
weitere
preise
bewege
Mutim

Die
schöpft
beiterun

(E
Oberan
ja m
schaft
Schult
aktuar
lung
aus de
bürg e
zirkstr
einek

(E
deishu
der au
Brand
wurde
heit zu
einen

(E
alleite
lepten
auf 1
Arbeiter
Kranken
generelle
Betten g

(E
mann
Nathau
Strasbe
Mittel
schlug.
Schilde
1 Mon

(E
Ierinnen
der deu
für das
schen B

(E
Lide
Sar
kan der
Doktors
Anerken
staats
rung de
verfittä
Treu

(E
Gasleit
arbeiter
Er blie
war, sta
drei Ri
(E

(E
hier hatte
Opferhod
ihn bema
zeitung“
den Ope
der Meist
Meister n
Empfang

(E
sorgender
erschauert
bild Tod
Eat und
Sie erkann
werken, d
— ein le

(E
ten vom
Strafen
darunter
solche de
(E

(E
Icher
Schön
sterprüu

ung der Auflage
föhne, Einleitung
ständigen Ober-
stigung und ge-
nen, insbesondere
ntsvorsteher und
heins, geordert
Ruhe.

ten.

igen der Wehr-
Zustimmung des
schriebene Geneh-
mendung des 27.
rung der Geneh-
slegung ist, daß
nd die Führung
Die zukünftige
sehen, selbst acht-
angehörten. Be-
in besonders be-
der übergeord-
iner Ablehnung
lich mitzuteilen.
nitäts- und Be-
der Reichswehr-

nd.

Februar 1922.

ahn, ein Mann,
e u. a. in der
ahren ein leuch-
hat in seinen
lauben an den
fordert immer
„Noch sind
stelle, „noch sind
Wir brauchen
risiker, nicht
genügen. Denn
und beständige
id lebt die Ba-
Vollstums steht
beste Vorstufe,
Für sie kann
m oder gering,
Jüngling oder
dabin zu wirt-
um Predigtstuhl
ede!“ So spricht
Möchte doch das
die Seelen aller
ge, die da mei-
Eingehämmert
die noch immer
um schließlich
Toren! Sind
„Welt“ noch
hen treten und
i, als wir nicht
s selbst!“ Wle-
reiches deutsches
dann wird uns
sen werden. In
deutsches Fami-
nen, vielfach ganz
Materialismus
ir unser Volks-
kyk.

hmals auf den
stattendenden
rtjägers Fritz
die Musikbeglei-
hier ebenio be-
nen Keller. Die
erischen Genuß.

(0:4) Eden 5:5.
en die 1. Mann-
ner Platz. Durch
Spiel litt natür-
schon entwidelte
schlechten Boden-
dem bis Halbzeit
mnte. Allerdings
te des Platzes zu
der Pause hatte
nicht mehr viel
ede mit schönem
Calw konnte dann

Fußball durch
paren, ging es im
Nachdem die
irt. Kreismeister-
tag in Karlsruhe
ie mit 1:0 über
Das Rückspiel fin-
innerhalb der Ver-
meisterschaft, durch
e weiter. Als
gegen Eintracht
:2, F.V. Ulm 94
ngen gegen B. f.
B. Münster 4:0,
Von den Prei-
n Sp.Bgg. Cann-

Kraft 0:1 und die Sportkämpfe der Hochschulen vom letzten Samstag: Universität Freiburg gegen Technische Hochschule Stuttgart 2:0, Universität Freiburg gegen Universität Tübingen 1:0. Im benachbarten Bayern errang die Sp.Bgg. Fürtz die Kreismeisterschaft über den 1. Fußball-Club Nürnberg mit 2:1 Toren. — Der Wintersport blühte nur im Schwarzwald und Allgäu, wo die Skibahnen in den höheren Lagen noch gut waren.

Siedlungsgenossenschaften zahlen keine Grunderwerbssteuer.

Grundstücksübertragungen, die von anerkannten Siedlungsgenossenschaften unmittelbar zur Durchführung von Siedlungsunternehmungen erfolgen, unterliegen nach § 29 des Reichssteuerabzugsgesetzes nicht der Grunderwerbssteuer; so lautet ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 21. Oktober 1921.

Freigabe von Verbrauchszucker.

Die Zuckerverwertungsstelle hat annähernd 8 Millionen Zentner Verbrauchszucker zur Verfügung in den Monaten März bis Juni freigegeben, wodurch die gesamte freigegebene Verbrauchszuckermenge auf annähernd 18 Millionen Ztr. erhöht worden ist, so daß für spätere Verteilung noch 6 Millionen übrig bleiben. Der Preis wurde auf 650 M. pro Ztr. ohne Sach frei Magdeburg festgesetzt.

Die Freigabe des Verbrauchszuckers bringt auch eine weitere Erhöhung der Preise. Die künftigen Kleinhandelspreise werden sich zwischen 7 und 8 Mark für das Pfund bewegen. (Wischer 6.80 M.)

Natmaßliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.

Die Reihe der Störungen aus dem Westen ist noch nicht erschöpft. Am Mittwoch und Donnerstag ist nur vorübergehend Aufhellung, sonst vorwiegend bedecktes, nachtaues Wetter zu erwarten.

(S.C.B.) Neuenbürg, 18. Febr. Unter dem Vorsitz von Oberamtmann Wagner tagte hier die Amtsversammlung, die den Voranschlag der Amtskörperschaft mit einem Abmangel von 254 000 M. verabschiedete. Schullehrer Kienzle-Conweiler wurde zum Verwaltungsaktuar der Amtskörperschaft gewählt. Die Amtsversammlung stimmte den Beschlüssen zu, das Oberamt Calw aus dem Jugendamtsbezirk auszuschneiden und für Neuenbürg ein eigenes anzujubeln. Die Erweiterung des Bezirkskrankenhauses mit einem Kostenaufwand von rund eineinhalb Millionen Mark soll vorbereitet werden.

(S.C.B.) Wildbad, 20. Febr. Der an der hiesigen Handeschule tätig gewesene frühere elsässische Bitar Jung, der auf Veranlassung der französischen Gerichte wegen Brandstiftung verhaftet worden sollte, aber flüchtig ging, wurde vom Straßburger Schwurgericht in seiner Abwesenheit zum Tode verurteilt. — Es handelt sich hier um einen Fall französischer Rachsucht.

(S.C.B.) Wildbad, 19. Febr. Das in seinen Einrichtungen veraltete und unzulängliche städt. Krankenhaus, das in den letzten Jahren in der Hauptsache als Altersheim benützt wurde, soll auf 1 Juli ds. Js. aufgehoben und in ihm einige Wohnungen für Arbeiterfamilien eingerichtet werden. Die Erbauung eines neuen Krankenhauses soll in nähere Erwägung gezogen und zunächst ein genereller Entwurf und Voranschlag zu einem Krankenhaus mit 30 Betten gefertigt werden.

(S.C.B.) Stuttgart, 20. Febr. Der vorbestrafte Fuhrmann R. Eipper von Rohrau hat kürzlich in der Nähe des Rathauses einen Hund totgeschlagen. Er erhielt dafür einen Strafbefehl von 14 Tagen Haft, zumal er einem sich ins Mittel legenden Postbeamten das tote Tier um die Ohren schlug. Eipper beantragte über seine Strafe gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 1 Monat 3 Wochen Gefängnis.

(S.C.B.) Stuttgart, 20. Febr. Durch Schüler und Schülerinnen wurden in Groß-Stuttgart 390 000 M. zu Gunsten der deutschen Schulen im Osten erasmelt. Der Verein für das Deutschtum im Ausland leitet die Gaben den deutschen Brüdern in der losgerissenen Ostmark zu.

(S.C.B.) Tübingen, 18. Febr. Die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität hat Professor Dr. Karl Sartorius, Prorektor der Landesuniversität und Dekan der staatswissenschaftlichen Fakultät, den Titel eines Doktors der Staatswissenschaften verliehen, „in dankbarer Anerkennung seiner ausgezeichneten Verdienste um die staatswissenschaftliche Ausbildung und persönliche Förderung der Studierenden sowie um die Verwaltung der Universität Tübingen, der er lange Jahre und auch jetzt die Treue bewahrt hat.“

(S.C.B.) Tübingen, 18. Febr. Bei Einrichtung einer Gasleitung in seiner Wohnung wurde der 52jährige Gasarbeiter Paul Weimer durch ausströmendes Gas betäubt. Er blieb bewußtlos liegen und da keine Hilfe zur Stelle war, starb er bald darauf. Er hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

(S.C.B.) Aufhausen a. Schenkenstein, 19. Febr. Meister R. von hier hatte mit großer Meisterschaft einen feuer- und diebstahlsicheren Opferstock (System Osttag) fertiggestellt. Meister R. in Aalen sollte ihn bemalen. Ein Arbeiter brachte ihn, wie die „Tf- und Jagtzeitung“ berichtet, mit dem Frähzug dem dortigen Meister und stellte den Opferstock vor des Meisters Haus, nachdem er ihm angeläutet — der Meister war benachrichtigt; der Arbeiter eilte zur Fabrik. Der Meister im 2. Stock war nicht sofort zur Stelle, um das „Ding“ in Empfang zu nehmen. Im unteren Stock ist Wanderarbeitsstätte. Ein sorgender Geist machte die Kunde, — er kommt — und erschauert — ein Attenstat — eine „Höllenschlange“, die jeden Augenblick Tod und Verderben ausatmen kann. Raich fort, ehe fertig die Tat und der teuflische Plan gelungen, zur Polizeiwache. Dort wird sie erkannt — doch was ihr Inneres birgt? — In den Ostertagswerken, da kommt es ans Licht, nachdem Herz und Nieren erforscht, — ein letzter Opferstock, den ein Maler anstreichen sollte.

(S.C.B.) Wiberach, 20. Febr. In den letzten Tagen mußten von hiesigen Landesfinanzamt wieder eine Reihe Strafen wegen Steuerhinterziehung verhängt werden, darunter in einem Fall, wie der „Anzeiger“ berichtet, eine solche von 50 000 M.

(S.C.B.) Sigmaringen, 18. Febr. Als erster weiblicher Bäckermeister in Hohenzollern hat Elsa Schön von hier, Tochter des verft. Bäckermeisters die Meisterprüfung vor der Handwerkerkammer abgelegt.

(S.C.B.) Hechingen, 18. Febr. In den letzten Tagen lagen hier 700 Mann Reichswehr im Quartier. Offiziere und Mannschaften machten den besten Eindruck. Die Konstanzer Regimentskapelle konzertierte.

(S.C.B.) Weingarten, 20. Febr. Mit Genehmigung der Regierung werden die hiesigen Klostergebäudelichkeiten den deutschen Benediktinern von Erdington in England, denen infolge der Kriegereignisse das klösterliche Weiterleben in England fast unmöglich gemacht worden ist, als Wohnort angewiesen. Das Kloster war von den Benediktinern erbaut worden, die es nun nach 120 Jahren wieder in Besitz nehmen.

Tagung der jüddeutschen Hausbesitzervereine.

(S.C.B.) Stuttgart, 19. Febr. Im überfüllten Festsaal der Bierhalle fand am Sonntag die Tagung der Hausbesitzerorganisationen von Baden, Bayern, Hessen, Hessen-Nassau, der Pfalz, Thüringen, Württemberg und Hohenzollern mit insgesamt 113 Vereinen und 117 000 Mitgliedern statt, die gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und gegen das neue Mieterschutzgesetz Stellung nahmen. Der Vorsitzende des Stuttgarter Hausbesitzervereins, Bekmer, begrüßte die große Versammlung, die Vertreter der Regierung, der städtischen Behörden und die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien und hielt hierauf einen Vortrag über die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und die Notwendigkeit ihres Abbaus. Mehr und mehr gehe der deutsche Grundbesitz in ausländische Hände über, weil dem Hausbesitzer die Angleichung der Rente an den gesunkenen Geldwert verweigert sei. Es müsse Front gemacht werden gegen die Zwangswirtschaft auf dem Wohnungswesen, sonst gerate man in eine Sozialisierung hinein und die Mieter würden der eisernen Jungfrau der Wohnungsbürokratie anheimfallen. Die Rückstufung auf die Straße diktiert heute noch die Renten des Hausbesitzers. Die Baukosten würden in unerhörter Weise steigen. Für die 6000 Baugesuche in Württemberg seien allein 300 Millionen Mark Zuschüsse erforderlich. Die Wohnungsabgabe reiche nicht zu und sei deshalb verfehlt. Die Aufhebung des Mieterschutzes bei 5 und mehr Zimmern und bei größerem Einkommen des Mieters sei unbedingt zu verlangen. Ferner die Befreiung der §§ 8 und 4 des Mieterschutzgesetzes, das die wucherische Mietervermietung gesetzlich festlegt. Der Stockverkaufsbau bedürfe der besonderen Beachtung, um der Wohnungsnot ein Ende zu machen. Mit der Entziehung des Hausbesitzerstandes komme man nur tiefer ins Elend. Diese Mindestforderungen der Hausbesitzer müßten erfüllt werden. — Hierauf sprach Abg. A. u. Mannheim, der Vorsitzende bayerischer Hausbesitzervereine über den neuen Mieterschutzgesetzentwurf, den er als eine Mißgeburt bezeichnete und dessen Befreiung er verlangte. Das Ziel müsse sein, den Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen in Anpassung an die Verhältnisse der übrigen Wirtschaft so rasch als möglich durchzuführen. — Architekt Knorr, Heilbronn, der Vorsitzende des Landesverbands württ. Hausbesitzervereine behandelte die Unannehmbarkeit des Reichsmietengesetzes und die Wohnungsabgabe. Um die im Reichsmietengesetz geforderten 3000 Wohnungen für Württemberg zu bauen, müßten durch die Wohnungsabgabe 800 Mill. Mark aufgebracht werden. Das sei unmöglich. Der Art. 2 des Gesetzes verstoße gegen Art. 152 der Reichsverfassung, der die Vertragsfreiheit im deutschen Wirtschaftsleben sichert. Er stehe auch im Widerspruch zu § 61 der württ. Verfassung mit den elementaren Grundfahnen der Erhaltung des Mittelstandes und des Gewerbes. Das Zentrum im Reichstag habe durch sein Kompromiß mit Sozialdemokratie und Unabhängigen sich zu entscheiden, ob es noch den Namen einer bürgerlichen Partei verdiene. Folgende Entschließung wurde hierauf einstimmig angenommen: Die Tagung der Südd. Hausbesitzerorganisationen sieht in der jetzigen durch das Kompromiß von Zentrum, Mehrheitssozialisten und Unabhängigen in der zweiten Lesung im Reichstag herbeigeführten Fassung des Reichsmietengesetzes eine völlig unannehme Regelung dieser für Hausbesitz, Grundbesitz, Industrie und Realcredit lebenswichtigen Fragen. Durch Annahme dieses Entwurfes, der ein Ausnahmengesetz schlechter Art wäre, begeht der Reichstag einen Verfassungsverstoß. Wir erklüren in dem Gesetz eine verdeckte Sozialisierung bei der der Eigentümer und nicht die Allgemeinheit das Risiko trägt. Das gesamte Wohnungswesen ginge daran zugrunde und damit unsere Volkswirtschaft. Die geplanten Mieterrenten würden im Wohnungswesen die so notwendige Ruhe nicht bringen, sondern zu verschärftem Kampf und Streit und schließlich zur Katastrophe führen. Der Reichstag hat dieses Gesetz als eine Verfassungsänderung erklärt. Wir fordern, daß auch Reichsregierung und Reichstag die Verfassung achten. Die Massenversammlung der aus dem ganzen Süden Deutschlands zusammengekommenen Hausbesitzervertreter erhebt entrüstet Einspruch gegen die geplante, unerträgliche Verewaltung eines großen Teils deutscher Staatsbürger. Die Hausbesitzer würden die Durchführung dieses Gesetzes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. — Die Entschließung wurde später auf Antrag bayerischer Vertreter noch verschärft. — Dann sprach Stadtrat Humar-München, Vorsitzender der dortigen Hausbesitzervereine und Mitglied des Reichswirtschaftsrats. Wenn die führenden Kreise Deutschlands in den letzten Jahren ihre Pflicht erfüllt hätten, gäbe es heute keine Wohnungsnot. Aus Furcht vor der Strafe hat man nicht gewagt, 10 Proz. Mietzuschlag zu erheben. Die Reichsregierung klage ich öffentlich an, die Zeit veräußert zu haben, die Wohnungsnot zu lindern. Alles was jetzt geschieht ist zu spät. Solange die Politik die Wirtschaft regiert, hört das Elend nicht auf. Der Redner schließt dann eingehend die Vorgänge, die zu dem Kompromiß der drei Parteien (Zentrum, U.S.P. und Soz.) geführt haben und dem auch drei Demokraten beigetreten sind. U. a. wird dadurch dem Mieter die Kontrolle der sog. Reparaturen aufgegeben. Humar weist sodann nach, daß in dem Kompromiß nur die Anträge der U.S.P. verwirklicht wurden. Wenn der Reichstag das Gesetz nach der zweiten Lesung verabschiede, so gelte es, den Reichstag mobil zu machen und gleichzeitig die Regierungen der süddeutschen Staaten. Durch diese Vorgänge sei das Vertrauen in den Reichstag verloren gegangen. (Stürmischer Beifall.) — Seyrich-Nürnberg schlug eine telegraphische Anfrage an die Zentrumsfraktion des Reichstages vor, ob sie ihre Stellungnahme zum Reichsmietengesetz aufrecht erhalte. Die Hausbesitzerorganisationen würden die völlige Ablehnung des Gesetzes fordern. Das wird einstimmig angenommen. Abg. Wiber (S.P.) sprach namens der Deutsch-nationalen Volkspartei seine Zustimmung zu den

Forderungen der Hausbesitzer aus und begehnte es als ständige Forderung, daß der Grundbesitz der Rente anerkannt werde. Ein einiges Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien sei unbedingt erforderlich, um eine Änderung der Wohnungspolitik zu erreichen. Abg. Roth (D.D.P.) erklärte, daß vieles, was gefordert werde, seine Berechtigung habe (stürmische Unterbrechung: alles ist berechtigt). Die Kritik am Wohnungsabgabengesetz halte er für nicht berechtigt. Höfel-Nürnberg fordert von der Demokratie, daß ihre drei Vertreter im Reichstag von dem Kompromiß abtreten und den Schutz des Bürgertums vertreten. In der weiteren Aussprache, die sich bis in den späten Nachmittag hinzog, machte Major Zitscher, Vorstand des Vereins der Wohnungslosen, noch bedeutsame Vorschläge über Beschaffung neuer Wohnungen und den Abbau der Zwangswirtschaft. Sämtliche Redner wurden vielfach von lebhaftem Beifall und stürmischer Zustimmung unterbrochen. An die gleichzeitig in Berlin stattfindende Versammlung Delegierter der Hausbesitzervereine, Vertreter der Industrie und Landwirtschaft, wurde ein Telegramm abgefaßt mit den bekannten Forderungen.

(S.C.B.) Stuttgart, 20. Febr. Bei der Tagung der Hausbesitzervereine am Sonntag wurde eine Süddeutsche Arbeitsgemeinschaft gegründet mit Stuttgart als Zentrum.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar hat heute schon wieder die Höhe von 27.50 Reichsmark erklommen, der Schweizer Franken steht entsprechend auf 41.99 M.

Tierseuchenstand.

Nach den Berichten der beamteten Tierärzte hat die Maul- und Klauenseuche in der ersten Hälfte des Monats Februar in ganz Württemberg etwas abgenommen. Insgesamt sind 76 Gemeinden, darunter 29 neu, mit 173 Gehöften verheut. Am 31. Januar waren es 89 Gemeinden und 132 Gehöfte. Die Kopfkrankheit der Pferde wurde in 14 Oberämtern mit 23 Gemeinden bzw. 26 Gehöften festgestellt, davon neu in 19 Gemeinden. Die ansteckende Blutarut der Pferde wird aus 8 Gemeinden, darunter 4 neu, gemeldet. Pferderäude herrscht in 10 Gemeinden, Schafräude in 9 Gemeinden.

Industrie.

(S.C.B.) Böblingen, 20. Febr. Die Inhaber der Firma Mechanische Trikotweberei Stuttgart Ludwig Maier u. Cie in Böblingen haben unter Mitwirkung der Württembergischen Vereinsbank eine Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Böblingen und einem Kapital von 5 000 000 errichtet. Der Zweck des Unternehmens ist der Betrieb und die Fabrikation von Textilwaren. Zu Vorstandsmitgliedern wurden bestellt Hans H. Sulzmann und Fritz Daiber. Dem Aufsichtsrat gehören an L. Sulzmann-Stuttgart als Vorsitzender, Ferdinand Haubad, Direktor der Württembergischen Vereinsbank, Th. C. Deny-Amsterdam, Max Rosenfeld-Stuttgart und Dr. Alfred Kirschbaum, Direktor der Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. Zu Prokuristen wurden bestellt Karl Feder, Ernst Hofer und Karl Häberle.

(S.C.B.) Nedarjulm, 19. Febr. In der Generalversammlung der Nedarjulmer Fahrzeugwerke A.-G. Nedarjulm wurden nunmehr die bekannten Vorschläge des Aufsichtsrats genehmigt, wonach das Aktienkapital von 20 auf 41 Millionen Mark erhöht wird. Es werden dadurch neu ausgegeben 20 400 Stammaktien und auf den Namen lautende Vorzugsaktien mit 10prozentigem Stimmrecht, beide mit Gewinnbeteiligung ab 1. Oktober 1921. Die Stammaktien werden den alten Aktionären im Verhältnis 1:1 zum Kurs von 115 Proz. angeboten. Die dabei überschüssigen 800 Stammaktien bleiben zur Verfügung der Gesellschaft. Die Geltendmachung des Bezugsrechts hat in der Zeit vom 1. bis 12. März 1922 zu erfolgen, und zwar sind für jede neue Aktie 50 Proz. des Nennbetrags, sowie das Aufgeld von 15 Proz. gleichzeitig zu entrichten. Die restlichen 50 Proz. sind bis spätestens 1. Mai 1922 einzubezahlen. Für frühere Einzahlung dieses Restbetrags werden 5 Proz. Zinsen vergütet. Die hauptsächlich zum Schutz gegen Ueberfremdung weiter ausgebenen Vorzugsaktien werden denselben Treuhändern überlassen, die bereits im Besitz der bisher ausgegebenen 400 Stück solcher Aktien sind. Als Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr belaufen 20 Proz. auf die Stammaktien und 6 Proz. auf die Vorzugsaktien zur Verteilung. Ferner werden zur Linderung der Wohnungsnot in Nedarjulm 1 500 000 M. für Beamten- und Arbeiterwohnungen 100 000 M. Vergütung an Beamte 400 000 M. ausgemworfen.

Deutsch-japanischer Handelsverkehr.

Die Dezemberzahlen des japanischen Außenhandels weisen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1920 eine entschiedene Besserung auf. Die Einfuhr betrug 160 Millionen Yen gegen 105 Millionen Yen im Dezember 1920, die Ausfuhr 145 Mill. Yen gegen 87 Mill. Yen. — Die Aussichten für die Wiederaufnahme des deutsch-japanischen Handels werden von dem gegenwärtig in Deutschland weilenden Tokioer Handelskammerpräsidenten recht günstig beurteilt. Er hält einen geordneten Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern für sehr bedeutungsvoll, besonders für den Wiederaufbau Deutschlands und seiner Wirtschaft. Am meisten beklagt er sich über die Schwierigkeiten, die die deutschen Behörden für Ausfuhergenehmigungen immer wieder bereiten. Diese Hindernisse sollten unter allen Umständen so schnell wie möglich beseitigt werden, da sie die Käufer verstimmen und den deutschen Firmen Schwierigkeiten bereiten, so daß sich wesentliche Schädigungen für die Firmen wie für die deutsche Gesamtwirtschaft ergeben.

Märkte.

(S.C.B.) Balingen, 19. Febr. (Schweinemarkt.) Zuverfübr wurden 150 Stück Milchschweine, 3 Stück Läuferfischweine. Handel lebhaft, alles verkauft. Preis für das Stück Milchschweine 300—520 M., Preis für das Stück Läuferfischweine 650—1000 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. D. Schell.

Für die Schiffstellung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw, Druck und Verlag der H. G. Schellhorn'schen Buchdruckerei, Calw.

Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister für Gesellschaftsfirmen wurde heute bei der Firma Süddeutsche Sektkellerei G. L. Pfau et Comp. in Calw eingetragen:

Die Gesellschaft ist aufgelöst.
Im Handelsregister für Einzelfirmen wurde heute eingetragen:
Die Firma Süddeutsche Sektkellerei G. L. Pfau et Comp. in Calw. Inhaber: Georg Ludwig Pfau, Kaufmann in Calw.

Den 18. Februar 1922.

Obersekretär Ditt.

Vergebung von Wasserleitungsarbeiten.

Für die Herstellung einer Wasserleitung auf Bahnhof Brühl sind nachstehende Arbeiten auf Grund der im Wettbewerb mit aus Württemberg, Jahrgang 1912, Seite 113, bekannt gemachten Leistungsverzeichnisse über Vergebung von Arbeiten und Lieferungen nach dem Preislistenverfahren unterbreitet an einen Unternehmer zu vergeben:

Erdaushub 425 cbm; Schächte aus Stampfbeton 5 Stück; Gussst. Röhren 80 mm = 220 m, 60 mm = 60 m, 40 mm = 125 m usw.

Einsicht der Bedingungen und Abgabe der Angebote gegen Bezahlung von 8 Mk. bei der Eisenbahnbauprüfung.

Die Eröffnung der mit entsprechender Aufschrift versehenen und bei der unterzeichneten Stelle einzureichenden Angebote findet am 3. März mittags 12 Uhr d. J. statt. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Calw, den 17. Februar 1922.

Eisenbahnbauprüfung.

Kohlsabgabe im Gaswerk

am Mittwoch, den 22. ds. Mts. fällt wegen dringender Belieferung der Schulen aus.

Der nächste Abgabetermin wird bekannt gegeben.

Calw, den 20. Februar 1922.

Stadt. Gaswerk: Schlaich.

Ostelsheim, den 21. Februar 1922.

Nachruf meiner unvergeßlichen, lieben, teuren Braut Elsa Weinbrenner.

Zu früh bist Du von mir geschieden Du meine heißgeliebte Braut, So ange mir bereit hienieden Hast Du mich ja so treu geliebt.

Du wolltest später mit mir sorgen, Mir Stütze, Hilfen und Alles sein! Des Höchsten Wege sind verborgen, Nun bist ich einsam und allein.

Wir wollten Seit' an Seite schreitend So glücklich durch das Leben ziehn, All' meiner Hoffnung Glück liegt nun in Trümmern Denn Du, meine Liebe - darfst nicht wiederkehren.

Hab' Dank für Deine Treu' und Liebe Die Du mir stets erwiesen hast, Ruh' sanft in kühler Erd', vom Weltgetriebe, Bist Du geschieden nach der Gottesstadt.

Ein Trost für mich, kann doch an deinen Hügel eilen Kann küssen meineu Kinnchen Dir, Auch großes Leid ist bei den Deinen, Du hast sie ja so sehr geliebt.

Jeden Abend wenn ich geh' zur Ruh' Noch manchen Blick ich werfe Deinem Bilde zu, Mein Herz oft bit're Tränen weint Dir nach in die stille Ewigkeit.

Ach, könnte liebe, Wunder tun u. Tränen Tote wecken, So würde Dich mein treues Herz jetzt nicht d. Erde decken. Schlaf' wohl in süßer Ruh' unsre Liebe deckt Dich zu.

Dein Dich ewigliebender tieftrauernder Bräutigam Karl.

Kunsfärberei Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Entenmann, Lederstr. 91

Achtung! Bürger Kammerjäger Luz

Vertreter des Versicherungs-Institutes gegen sämtliches Ungeziefer, langjährig erfahrener Fachmann, übernimmt die Vertilgung sämtlicher Ungeziefer wie Ratten, Mäuse, Wühlmäuse, Schwaben, Wanzen usw. unter 2 Jahre schriftlicher Garantie. Erfolg innerhalb 24 Stunden. Besuche kostenlos. Bösliche Ausrottung des Ungeziefers ist im Interesse der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich.

Bestellungen erbitten sofort unter Versicherungs-Institut gegen sämtliches Ungeziefer an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Das Geheimnis

alle Hauterkrankungen: Hautausschläge, w. Mitosen, Finnen, Pickel, Pusteln usw. zu vertreiben best. i. d. g. Wasch- u. d. seife
Stedenpferd - Feierschneefel - Seife
v. Bergmann & Co., Kadeboul. Überall zu haben.

Zu haben in Calw: H. De sser, Kaufm.; Fr.edr. Lamparter, Kol.-Waren; J. Odermatt, Friseur; Wilh. Winz, Friseur

Kupfergeschirre jeder Art,

Wasserschiffe, Waschkessel, Verzinnen von Geschirren empfiehlt

Eugen Wackenhuth, Calw, Kupferschmiede und Apparatebau.

Einige Waggonladungen la. rhein. Schwemmsteine

Größen: 12/14 25 und 14 16/25 treffen heute oder morgen auf Station Calw ein. Etwas Bestellungen bitte sofort bei mir aufzugeben.

Hugo Rau, Calw
Baumaterialien: - Fernsprecher Nr. 8

Alleingeführte Fabrik techn. Asbest- und Gummiwaren sucht

für freigewordenen hiesigen Bezirk wieder tüchtigen

Vertreter

mit guten persönlichen Beziehungen zu industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben, Behörden usw. - Branchenkenntnisse nicht unbedingt erforderlich. Gest. Angebote sind zu richten unter Nr. 4539 an Heine. Eisler, Annonce-Expediton, Berlin SW. 48.



Private

Drucksachen aller Art, wie: Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Geburtsanzeigen, Tisch-Karten, Speisefolgen, Einladungen, Besuchs-karten, Danklagungen liefern wir rasch

A. Delschläger'sche Buchdruckerei Calw

Klavier- und Harmoniumstimmer

kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für denselben, wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.

Musikhaus Sattler, Pforzheim, Abt.: Pianos u. Stimminstitut, Tel. 1210 u. 7821.

Forstamt Enzklösterle.

Beigolzverkauf.

Am Mittwoch, 1. März 1922 nachmittags 2 1/2 Uhr unmittelbar nach Ankunft des Postautos im „Waldhorn“ in Enzklösterle aus dem Staatswald Nadelholz: Km: 9 Schtr. 95 Brel., 599 Klobholz 84 Anbruch. Eubholz: Eichen: Km: 2 Klobholz, Birken: Km: 1 Schtr.

Zugelaufen Schnauzer.

Derelwe kann innerhalb 3 Tagen abgeholt werden bei Karl Volz, Bäckerei, Hirten.

Strebamer, fleißiger Witwer

anfangs 50 er mit zwei erwachsenen Söhnen u. schöner Landwirtschaftsricht d. s. e. Lebensgefährtin mit Kenntnissen in der Landwirtschaft.

Angebote unter C. R. 43 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Wer will rasch und glücklich

heiraten?

Auskunft nur gegen 2 Mk für Rückporto durch H. Nagl, Ravensburg, Kämmerer.

Häkchen zu Getreidehaken

empfehlen das Stück zu 9 Mark Wilh. Koller, Schmiedemeister, Neubuach.

Kein Husten! mehr!

Dr. Buller's echter Fenchelhonig wirkt Wunder. Zu haben bei Hutsteiner & Kistowsky, Kiste-Drogerie.

Jüngeres, fleißiges Mädchen

in ruhiger Familie auf 1. März gesucht. Gute Behandlung und desgl. Lohn zugesichert. Bauinspektor Frieß, Stuttgart Hofstr. 2 b. d. Heisergerichts.

Dienstboten-Gesuche

haben in unserem Blatte (da ja der größte Teil der Auflage Verbreitung auf d. Lande findet) gewünschten Erfolg!

Gesucht wird ein ordentliches Mädchen

für Hausarbeit und Beihilfe in der Landwirtschaft. Landhaus Frieß, Renningen, D.-A. Leonberg.

Einige guterhaltene Fenster

sucht zu kaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Alzenberg. Erstklassige Milch-Schweine

verkauft nach Gewicht. Schultzeiß Rothacker.

Georgenäum Calw.

Der Vortrag des Herrn Studienassessors Rupp wird auf Mittwoch, 22. Febr. verschoben.
Dr. Knobel.

Maisenbach-Oberlengenhardt. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 23. Februar 1922 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Maisenbach freundlichst einzuladen.

Michael Neger Sohn des Michael Neger, Bauer in Maisenbach

Barbara Stahl Tochter des F. Ulrich Stahl, Oberlengenhardt.

Kirchgang um 12 Uhr in Liebenzell.

Wir bitten dies statt eher besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Ein geunder, kräftiger

Stammhalter

ist angekommen.

Dies geben in dankbarer Freude bekannt

Postsekretär Zimmermann und Frau Amalie geb. Mössinger, Bad Liebenzell.

Bad Liebenzell.

Geschäftseröffnung und -Empfehlung.

Einer verehrten Einwohnerschaft von Liebenzell und Umgebung mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich ab heute

im Hause des Hrn. Karl Lindenmann, Seestr. eine

Maß-, Schuh- u. Schäftemacherei

eröffnet habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werte Kundschaft zu ihrer Zufriedenheit zu bedienen. Indem ich um geneigten Zuspruch höfl. bitte, zeichne ich hochachtungsvoll

Friedrich Steimle, Schuhmacher.

Mädchen gesucht

für Küche und Haushalt bei guter Behandlung.

Pfarrhaus, Unterreichenbach.

Für 1. Mat Bäcker-Lehrling gesucht.

Bäckerei Scheuerle, vorm. Haydt, Lederstraße.

Gärtringen.

Von Mittwoch früh steht in meiner Stallung in der Uiblinger Straße hier wieder ein frischer, großer Transport

sehr schöner, hochträchtiger



Kalbinnen und Rube, sowie schöner

Zucht-Rinder

Kauf- und Tauschliebhaber ladet freundlichst ein

Michael Wolf, Telefon Nr. 12.